

konnte man von einzelnen Genossen hören: „Wenn wir nichts machen, dann macht keiner etwas. Es ist schon besser, wir machen alles allein.“

### **Sektierertum wird überwunden**

Aber schon die erste Zusammenkunft von Funktionären und Mitarbeitern der Nationalen Front sowie von parteilosen Menschen im Wahlkreis 10 widerlegte diese Zweifler. Die Partei brauchte keine großen Diskussionen zu führen, die Tatsachen sprachen für sich. So trat zum Beispiel der parteilose Kollege Baude auf und sagte: „Ich bin parteilos und habe mich bereit erklärt, den Vorsitz im Wohnbezirksausschuß 143 zu übernehmen. Es klappt aber bei uns nicht mit der versprochenen Patenschaftshilfe durch den VEB Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht.“

Parteilose Menschen also bewiesen, daß sie bei einer richtigen Orientierung durch die Partei durchaus zur Mitarbeit bereit sind. Allerdings verlangen sie auch Unterstützung. Und wenn sie manchmal den Mut zur Weiterarbeit verlieren, so nicht zuletzt deshalb, weil die geforderte Unterstützung nicht immer in genügendem Maße gewährt wird.

Für die Stadtbezirksleitung war diese Erkenntnis bei der Festlegung weiterer Maßnahmen bedeutungsvoll. Einmal wurde ihr bestätigt, daß sie bei einer richtigen Politik viele Kräfte aus der Bevölkerung für die gesellschaftliche Arbeit gewinnen kann. Zum anderen erhielt sie ein gewichtiges Argument gegen immer wieder auftretende sektiererische Auffassungen. Und schließlich ergab sich als praktische Schlußfolgerung, der Forderung nach wirkungsvoller Unterstützung der im gesellschaftlichen Leben tätigen Menschen unbedingt Rechnung zu tragen. Konkret bezog sich das darauf, daß die Stadtbezirksleitung eine Verbesserung der Patenschaftsarbeit durchsetzen mußte. Das verlangte allerdings, entsprechende Auseinandersetzungen mit den Genossen und Kollegen, zum Beispiel im Karl-Liebknecht-Werk, zu führen. Genauso wurde auch vorgegangen, das heißt, daß vor ersten Schwierigkeiten in keiner Weise kapituliert wurde.

Nummehr kam es darauf an, mit dem Gespräch in der Bevölkerung zu beginnen. Hier allerdings zeigten sich erneut gewisse Hemmnisse. Die Ausschüsse der Nationalen Front in den Wohnbezirken waren in keiner Weise so aktiv, wie es für das erforderliche Gespräch notwendig war. Deshalb regte die Partei eine Aussprache im Demokratischen Block an, um über die im Demokratischen Block tätigen Parteien und Massenorganisationen auf die einzelnen Ausschüsse in den Wohnbezirken politisch auszustrahlen.

Gleichzeitig wurde an die Wohngebieteiparteiorganisationen herangetreten, um auch von hier aus auf die Arbeit der Nationalen Front einzuwirken. In den WPO ging die Auseinandersetzung vor allem um einen Punkt: Um die Überwindung der Passivität einiger Genossen — besonders von Parteimitgliedern aus den Betrieben — gegenüber der Tätigkeit in der Nationalen Front. Diese Genossen vertraten die Meinung, daß sie genug in den Betrieben zu tun hätten und sie deshalb die Wohngebiete nichts angingen.

Die Auseinandersetzung mit diesen Genossen war nicht einfach. Sie erforderte einige harte Worte und verschiedentlich auch ein eindringliches Hinweisen auf die Pflichten eines Parteimitgliedes. Die Diskussionen waren jedoch nicht umsonst. Sie waren es genauso wenig wie die Aussprachen im Demokratischen Block und mit den Patenbetrieben. Die Arbeit in den Ausschüssen der Nationalen Front in den einzelnen Wohnbezirken lebte auf.

### **Sogenannte „objektive Gründe“**

Wer allerdings meinte, daß jetzt alles reibungslos vonstatten gehen würde, der irrte.

Das Gespräch mit der Bevölkerung über aktuelle Tagesfragen, über Probleme des Wohngebietes sowie über persönliche Wünsche und Meinungen wird am zweckmäßigsten in Hausversammlungen geführt. Aber plötzlich ergaben sich zu Dutzenden „objektive Gründe“, daß Hausversammlungen im Wahlkreis 10 nicht durchzuführen seien. Was man da alles hörte! „Unsere Kraft reicht nicht aus“, wurde von einigen gesagt. Andere wiederum erklärten, daß sie keine genügend großen Wohnungen hätten, um Hausver-